



**Dagmar Andres**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Neues aus Berlin für die Wahlkreise Euskirchen – Rhein-Erft-Kreis II und Rhein-Erft-Kreis I**

Plenarwoche 04.07.-08.07.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

das erste Halbjahr 2022 ist vorbei, die Sommerpause erreicht und das Parlament wird jetzt bis Anfang September Sitzungspause haben. Zuvor haben wir noch einiges an Themen bearbeitet. Ich freue mich, euch davon zu berichten.

Herzlich, Eure Dagmar



Foto: Natalie Schott

---

### **1. Ein Jahr nach der Flutkatastrophe**

---

In diesen Tagen jährt sich die Flutkatastrophe, die weite Teile meines Wahlkreises, aber auch das Ahrtal getroffen hat, zum ersten Mal. Für alle Betroffenen ist die Erinnerung daran noch immer allgegenwärtig, quälend und beängstigend. Noch immer wissen viel zu viele Menschen, die ihr Zuhause, ihr Hab und Gut verloren haben, nicht wie es für sie weitergehen wird. Sie sitzen noch immer auf den Trümmern ihrer Existenz, zugesagte Hilfen sind immer noch nicht angekommen. Sie fühlen sich alleingelassen mit Antragsverfahren, Schadensregulierung und der Suche nach geeigneten Handwerkerinnen und Handwerkern. Hier sind alle staatlichen Ebenen gefragt, damit die Menschen die zugesagte Unterstützung endlich erhalten und damit sie sich wieder eine Perspektive aufbauen können.

Nicht wenige fragen sich aber, ob sie jemals wieder in der Nähe der Erft oder anderer Bäche unserer Region werden leben können, ob sie jemals wieder in ihrer Heimat glücklich werden können. Sie können kaum mehr eine Nacht in Ruhe schlafen, beobachten jeden Regenfall mit großer Sorge, ob sich nicht wieder so ein Unheil zusammenbraut wie vor einem Jahr. Auch Menschen, die nicht von der Flutkatastrophe betroffen waren, sind in Sorge, da wir alle aufgrund des Klimawandels davon ausgehen müssen, dass sich solche Katastrophen jederzeit und an jedem Ort wiederholen können.

---

**08.07.2022**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-75660, Fax: +49 30 227-2375659  
Dagmar.andres@bundestag.de



In einer vereinbarten Debatte hat der Deutsche Bundestag unter dem Titel „Ein Jahr nach der Flutkatastrophe – Lehren für die Zukunft des Bevölkerungsschutzes“ über die traumatisierenden Erlebnisse diskutiert. Vor allem aber wurde auch schonungslos darüber diskutiert, wie es zu dieser Katastrophe überhaupt kommen konnte. Wieso wurden so viele Menschen Opfer? 183 Menschen sind ums Leben gekommen, über 800 Menschen wurden teils schwer verletzt. Die seelischen Schäden sind dabei noch gar nicht betrachtet und können wohl auch kaum wirklich erfasst werden. Die einfache, aber auch tief erschütternde Antwort ist, dass wir einfach viel zu schlecht vorbereitet waren. Wir haben uns zu sehr in Sicherheit gewogen und dem Bevölkerungsschutz nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt. Unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat deshalb in der Debatte klargestellt, dass Deutschland "einen Neustart im Bevölkerungsschutz" braucht. Dabei darf es aber keinen Streit um Zuständigkeiten geben. Denn, so die Ministerin, es ist niemandem damit geholfen, wenn die Länder mit dem Finger auf den Bund zeigen und umgekehrt: „Die Menschen wollen davon nichts wissen und wollen es auch nicht hören.“

Um den Bevölkerungsschutz zu stärken werden in diesem und kommendem Jahr über 250 Stellen neu geschaffen. Der Bund wird eine Infrastruktur schaffen, die alle Menschen verlässlich bei Großschadensereignissen warnt. Dazu gehört neben dem (Wieder-)Aufbau des Sirennetzes auch ein System, mit dem Menschen präzise über ihr Handy gewarnt werden können. Die sogenannte Zivilschutzreserve des Bundes wird weiter ausgebaut. Dazu werden mehrere Hilfssysteme „Labor 5.000“ angeschafft. Diese modularen Systeme bestehen aus Zelten, einer mobilen Hausarztpraxis und einem Abwasser-Frischwasser-System und können kurzfristig in Katastrophengebieten errichtet werden. In diesen Einrichtungen können bis zu 5.000 Menschen gleichzeitig und autark für die Dauer von bis zu einem Jahr untergebracht und betreut werden. Das sind die aktuellen Planungen des Bundesministeriums für Inneres und Heimat, die in diesem und dem kommenden Jahr umgesetzt werden sollen.

Nahezu alle Rednerinnen und Redner in der Debatte haben auch auf den großartigen und existenziell wichtigen Einsatz von ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern erinnert und für diesen gedankt. Diese Menschen haben sich selbst in große Gefahren für ihr Leib und Leben gebracht und sind weit über die Belastungsgrenze hinausgegangen, um den betroffenen Menschen zu helfen. Diese Solidarität, die an vielen Orten bis heute anhält, bewegt mich bis heute. Dem Dank an diese selbstlosen Helferinnen und Helfer schließe ich mich an.

---

## **2. Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger im Juli**

---

Eine Reihe von Entlastungen angesichts der aktuellen Krisen und der Inflation treten im Juli in Kraft:

- Der Mindestlohn steigt auf 10,45 € - ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu 12 € Mindestlohn. Die Einkommen am unteren Rand der Verteilung müssen ausreichen, um davon in Würde leben zu können. Arbeit muss sich lohnen;



**Dagmar Andres**

Mitglied des Deutschen Bundestages

- Die Renten steigen ordentlich: mit 5,35 % im Westen und 6,12 % im Osten steigen die Renten so stark wie seit Jahrzehnten nicht mehr;
- Der Kinderbonus in Höhe von 100 € wird ausgezahlt;
- Der Corona-Bonus über 200 € wird an die Bezieher von Grundsicherung, Sozialhilfe und ALG II wird überwiesen. Damit werden finanzielle Belastungen abgemildert.
- Die EEG-Umlage fällt weg.

Diese Entlastungen sind wichtig, weil sie denen zugutekommen, die es besonders schwer in unserer Gesellschaft haben und diese Verbesserungen tragen damit eine deutlich sozialdemokratische Handschrift. Bei aller Verantwortung für die gesamte Gesellschaft haben wir als Sozialdemokraten nicht nur historisch eine besondere Aufgabe, nämlich die Gesellschaft gerechter zu machen und Teilhabe zu ermöglichen. Diese Aufgabe muss uns immer bei unserem politischen Handeln leiten.

Auch im Bundestag haben wir für mehr Gerechtigkeit gesorgt. Die Fahrbereitschaft des Bundestages hat durch die Initiative von SPD-Abgeordneten jetzt endlich einen Tarifvertrag. Dies war unter den Verteidigungsministern der Union nicht möglich, da der Fuhrpark zu Dreivierteln der Bundeswehr gehört. Es fühlt sich gut an, dass der Fahrdienst, auf den wir Abgeordneten aufgrund des vollen Terminkalenders angewiesen sind, nun ordentlich bezahlt wird.



Foto: DBT/Katrin Neuhauser

---

### 3. Energiewende

---

Deutschland unabhängig von fossilen Energien machen - dieses Ziel verfolgt die Ampel-Koalition nicht erst seit Russlands Angriff auf die Ukraine. Die aktuell steigenden Energiepreise sind wesentlich auf unsere Abhängigkeit von Gas aus Russland zurückzuführen. Deshalb ist es wichtig, den Ausbau der Erneuerbaren Energien jetzt richtig voranzutreiben. In der letzten Plenarwoche

---



haben wir deshalb über 20 Gesetze und Verordnungen angepackt, um das Ziel von 80% Erneuerbaren bis 2030 zu erreichen. Einige der Maßnahmen, wie wir das schaffen wollen, will ich euch hier benennen:

- gesetzliche Klarstellung, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt;
- den Erneuerbaren wird bei den Genehmigungen absoluter Vorrang eingeräumt;
- die Planungs- und Genehmigungsverfahren werden einfacher und verkürzt;
- es werden mehr Flächen für Photovoltaik geschaffen, z.B. an Autobahnen, neben Schienen und auf Parkplätzen;
- die Bedingungen für die Eigenversorgung durch Photovoltaik werden verbessert und auch die Einspeisevergütung erhöht;
- für Windenergie muss jedes Bundesland künftig zwei Prozent seiner Fläche verbindlich bereitstellen;
- die Ausbauziele für Windenergie auf See haben wir erhöht;
- Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen können an Projekten zur Gewinnung von Energie aus Wind direkt beteiligt werden und davon profitieren und
- wir entlasten die Städte und Gemeinden beim Ausbau der Windenergie finanziell.

Diese Maßnahmen zeigen, dass wir dem Ausbau der Erneuerbaren Energien höchste Priorität einräumen. Aber damit ist unsere Arbeit noch lange nicht getan. Wir beobachten weiter sehr genau, wie sich die russischen Gaslieferungen entwickeln. Um hier gut vorbereitet zu sein, haben wir auch ein Gesetz verabschiedet, mit dem Kohlekraftwerke, die aktuell nicht betrieben werden oder bald stillgelegt werden sollen, als Ersatzkraftwerke bereitgehalten werden sollen. Sollte es notwendig werden, können diese Kraftwerke zusätzlich Strom produzieren und so einen Teil ausbleibender Gaslieferungen kompensieren. Diese Regelung gilt aber nur befristet bis längstens 31. März 2024.

Sollte es jedoch zu einem Totalausfall von russischen Gaslieferungen kommen, werden weitere Maßnahmen notwendig, um weitere Energielieferungen sicherzustellen. Auch auf dieses Szenario bereiten wir uns vor.

---

#### **4. OSZE-PV Jahrestagung vom 02.07.-06.07.2022 in Birmingham**

---

Ich hatte die große Ehre, vom 02.07.-06.07.2022 als Teil der dreizehnköpfigen deutschen Bundestagsdelegation an der 29. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Birmingham teilnehmen zu dürfen. Insgesamt 57 Staaten sind Teil der OSZE, darunter alle Staaten Europas inkl. Zypern und dem Vatikanstaat, zusätzlich auch beispielsweise die Schweiz, Russland, die USA, Kanada und die Mongolei. Aufgrund der aktuellen Situation war Russland nicht anwesend.



**Dagmar Andres**

Mitglied des Deutschen Bundestages



Es war eine großartige Erfahrung im Kreis so vieler Kolleginnen und Kollegen sich gemeinsam für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit einzusetzen. Gerade aufgrund der breiten Beteiligung auch außereuropäischer Akteure ist die OSZE nach wie vor wichtig, um in international verfahrenen Situationen wie der derzeitigen den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen.

Selbstverständlich standen die menschlichen und politischen Auswirkungen des Ukrainekrieges auch hier im Mittelpunkt der Beratungen. Gemeinsam verurteilte die OSZE die Invasion Russlands in der Ukraine und

Foto: Dagmar Andres

forderte den Rückzug der russischen Armee. Die Kriegsverbrechen müssen aufgeklärt werden und der Wiederaufbau im Sinne der Ukrainerinnen und Ukrainer bald in Angriff genommen werden. Die OSZE ist auch in Zukunft ein wichtiges Instrument, um Demokratie und Menschenrechte in unserer heutigen Welt zu verteidigen und sie in die Welt zu tragen.



V.l.n.r.: Die SPD-Delegierten Christian Schreider, Dagmar Andres, Dr. Joe Weingarten  
Foto: Christian Schreider

Dagmar Andres, Präsidentin Cederfeld  
Foto: Dagmar Andres